

**Protokoll der 10. Sitzung der 5. LAG „Jugendberufshilfe“
nach § 78 SGB VIII vom 8. März 2010**

Beginn: 13.05 Uhr
Ende: 15.15 Uhr
Ort: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung,
Otto-Braun-Str. 27, 10178 Berlin, Raum 2.C.40

Teilnehmer/innen: Siehe Anwesenheitsliste

- Tagesordnung:**
1. Feststellung der Tagesordnung und Bestätigung des Protokolls der letzten Sitzung vom 07.12.2009
 2. Berichte aus Bezirken und Verwaltungen allgemein
 3. Vorstellung des LAG-Abschlussberichts der zurückliegenden LAG-Periode
 4. Vorschläge für Schwerpunkte der neuen LAG-Arbeitsperiode
 5. Sachstand Novelle SGB II - gestrichen
 6. Diskussion und ggf. Verabschiedung des Briefentwurfs zu fehlenden Ausbildungsplätzen in der Jugendberufshilfe
 7. Verschiedenes

1. Feststellung der Tagesordnung und Bestätigung des Protokolls der letzten Sitzung vom 07.12.2009

Der LAG-Vorsitzende Herr Haberkorn begrüßt die Anwesenden in den neuen Räumlichkeiten der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung (SenBWF). Der vorgeschlagenen Tagesordnung wird zugestimmt, gleichfalls der Niederschrift der vorangegangenen 9. LAG-Zusammenkunft.

2. Berichte aus Bezirken und Verwaltungen allgemein

SenBWF: Frau Mielenz informiert darüber, dass Mitte Januar ein Gespräch mit Herrn Peikert von der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg zur betriebsintegrierten Berufsvorbereitung stattgefunden hat.

Angesprochen wurden Formen der Mischfinanzierung unter Beteiligung der JobCenter unter Einbeziehung der Bezirke. Generell besteht die Notwendigkeit, neue Kooperationsansätze und neue Finanzierungsverbünde zu schaffen (siehe TOP 4 dieses Protokolls).

Mitte: Frau Weißer-Straht (JBH compass mitte) berichtet vom Projekt „JAM“ („Jugend aktiv in Mitte“), einem niedrigschwelligem Projekt des JobCenters Berlin-Mitte für besonders schwer zu aktivierende Jugendliche im Umfang von 15 Wochenstunden, welches auf MAE-Basis finanziert und durch die Jugendberatungshäuser **koordiniert** wurde. Die Maßnahme konnte bei einem Betreuungsschlüssel von eins zu sieben im Einzelfall auf zusätzliche individuelle Hilfen für die Jugendlichen zurückgreifen. Durch Wegfall der MAE-Förderung wird das Projekt in Zukunft mit weitaus geringerem Platzkontingent ausgeschrieben werden müssen.

In diesem Zusammenhang gibt es eine Diskussion über den aktuellen Stand bei den Mischfinanzierungen von Projekten durch die JobCenter und die Jugendämter.

Die bisherige Praxis einiger JobCenter war es, beim eigenen Einsatz von 49 % auf eine Ausschreibung zu verzichten und z.B. im Rahmen einer Aktivierungshilfe Jugendlichen mit Jugendhilfebedarf in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt eine adäquate Hilfestellung zu geben.

Eine Maßnahme nach § 46 SGB III soll nun laut einer BA-Anweisung künftig auch dann zwingend nach VOL ausgeschrieben werden, wenn der Finanzierungsanteil Dritter (hier: der öffentlichen Hand bzw. der Jugendämter) bei mindestens 51 % liegt, und das JobCenter 49 % trägt.

Frau Kappis (ABU gGmbH) für Marzahn-Hellersdorf und Frau Fechner-Barrère für Tempelhof-Schöneberg bestätigen diese besorgniserregenden Entwicklungen mit Beispielen aus ihren Bezirken. Sie ergänzen, dass auch bei freihändigen Vergaben die Ausschreibungen über das REZ (Regionales Einkaufszentrum) nach Maßgabe des § 46 SGB III laufen.

Die freihändige Vergabe findet nur noch selten Anwendung. Letztlich entscheiden derzeit fast nur noch die JobCenter über die Art des Verfahrens - und zwar von Region zu Region durchaus variierend. Herr Roosch (Regionaldirektion Berlin-Brandenburg) betont, dass das REZ im Auftrag der JobCenter nur als ausführende Stelle tätig wird. Bei Zuschlägen durch das REZ würden nicht nur die Preise entscheiden, sondern auch qualitative Aspekte.

Diese sich durchsetzende Praxis der Ausschreibung stößt auf große Skepsis bei den Bezirken, die hierdurch ihren Einfluss bei der Auswahl bewährter Träger zunehmend schwinden sehen.

Überdies begünstigt diese Praxis Tendenzen bei den Anbietern, möglichst an den Personalkosten zu sparen, um ein günstiges Angebot abgeben zu können. Frau Kuhllich (SenBWF) weist darauf hin, dass dies Lohndumping provozieren kann; künftige Ausschreibungen sollten faire Lohnzahlung eines Trägers an seine Mitarbeiter/innen als wichtiges Kriterium mit aufnehmen.

3. Vorstellung des LAG-Abschlussberichts der zurückliegenden LAG-Periode

Einführend informiert Herr Haberkorn über die allen LAG-Mitgliedern zugegangene E-Mail von Herrn Schäfer (S.O.S. Kinderdorf e.V.), die in mehreren Punkten Ergänzungsbedarf zum vorliegenden Entwurf anmeldet:

1. Die Zusammensetzung der LAG sollte im Bericht aufgeführt werden, allerdings ohne dezidierte Auflistung aller Jugendberatungshäuser.
2. Die überfällige Datenerhebung über nicht ausbildungsfähige Jugendliche sollte als Arbeitsauftrag für die kommende LAG-Periode aufgenommen werden.
3. Weiteres Vorhaben für die kommende Arbeitsperiode sollte die oft unbefriedigende Kooperation zwischen den Berliner Jugendämtern, den Agenturen und den JobCentern sein.
4. Das neue Themenfeld „Übergang Schule-Beruf“ muss verstärkt im Fokus kommender LAG-Aktivitäten stehen.

Generell sollte der Abschlussbericht in seinem Tenor fordernder und kritischer formuliert werden.

Über die Anregung einen Minderheitenberichts wurde nicht diskutiert.

Der vorletzte Absatz des Berichts ist um die Erwähnung der bezirklichen Jugendberatungshäuser zu ergänzen.

Weiterhin sollte vor allem mit Blick auf das Thema „Teilzeitausbildung“ darauf gedrängt werden, dass künftig der tatsächliche zuständige Bereich der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS) an den LAG-Sitzungen regelmäßiger als bisher teilnimmt.

Herr Haberkorn bemerkte zu den Anregungen von Herrn Schäfer, dass die Punkte 2 bis 4 bereits in der LAG als Themenvorschläge für die künftige Periode erarbeitet wurden und von daher übernommen werden.

4. Vorschläge für Schwerpunkte der neuen LAG-Arbeitsperiode

Folgende Themen werden dem LJHA als Schwerpunktthemen der LAG für die kommende LAG-Periode vorgeschlagen:

1. Konzepte zur Mischfinanzierung von Maßnahmen für junge Menschen mit Jugendhilfebedarf bei gleichzeitigem Erhalt, Ausbau und Förderung der regionalen Förderstrukturen. Forderungen an die Gestaltung von Ausschreibungsverfahren für den Fall landesrechtlicher Einwirkungsmöglichkeiten
2. Kooperationsvereinbarungen zwischen Jugendämtern und JobCentern
3. Duales Lernen: Einbindung der Träger der Jugendberufshilfe.
4. Datenerhebung in JobCentern und Jugendämtern über junge Menschen, die (noch) nicht ausbildungsfähig sind und Unterstützungsbedarf durch die Jugendhilfe benötigen.
5. Formulierung möglicher Standards zur beruflichen Bildung außerhalb der beruflichen Erstausbildung.

Die Themenfelder 1, 2 und 5 eignen sich auch für einen möglichen Fachtag, den die LAG in der nächsten Sitzungsperiode beabsichtigt.

Der LAG-Vorsitzende wird gemeinsam mit der Geschäftsstelle die aufgelisteten Vorhaben als erwähnte Anlage zum Abschlussbericht für den UA und den LJHA aufbereiten.

5. Sachstand Novelle SGB II

Die LAG verständigt sich darauf, diesen TOP zu streichen.

6. Diskussion und ggf. Verabschiedung des Briefentwurfs zu fehlenden Ausbildungsplätzen in der Jugendberufshilfe

Herr Haberkorn erläutert die vorliegenden Einwendungen (E-Mail von Frau Schirmer, BA Marzahn-Hellersdorf) zum Entwurf des Schreibens und bittet um weitere Vorschläge/Verbesserungen.

Der betreffende Absatz, welcher u.U. den Eindruck vermitteln könnte, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Bezirk Marzahn und den JBHs zwischenzeitlich beendet worden wäre, wird gestrichen. Die Berliner Kompetenzproblematik sollte im Schreiben Erwähnung finden, ohne aber einzelne Bezirke namentlich zu nennen. Es sollte auch erkennbar sein, dass die Ausbildung nur ein Angebotssegment unter vielen in der JBH darstellt.

Die abschließende Aufzählung möglicher Lösungsvarianten sollte breiter und mutiger gefasst werden - angelehnt an den Brief des Paritätischen/der bvaa an das Abgeordnetenhaus.

7. Verschiedenes

- Herr Urban dankt im Namen aller Anwesenden Herrn Haberkorn ausdrücklich für seine in den vergangenen beiden Jahren wahrgenommene Tätigkeit als Vorsitzender der LAG.
- Für die nächste Sitzungsperiode wird die Befassung mit dem Thema „Vereinbarkeit von Elternschaft und Ausbildung“ angeregt. Dabei soll die Möglichkeit besprochen werden, ob bzw. wie lernbeeinträchtigte Schüler mit besonderem Förderbedarf im Rahmen der Jugendberufshilfe gefördert werden könnten. Wegen des speziellen Themas kann sich ggf. eine UAG damit beschäftigen.
- Zum Sachstand des Projekts „komm auf Tour“, kann Herr Roosch mitteilen, dass wenigstens bis Ende 2011 die finanziellen Mittel für deren Fortführung in Berlin zur Verfügung stehen. Ob dem Projekt allerdings eine längerfristige Perspektive beschieden sein wird, ist derzeit noch ungeklärt.

Michael Haberkorn
(LAG-Vorsitzender)

Joachim Gröschke
(SenBWF - III C 21, Protokoll)

Anlagen: 1. Anwesenheitsliste